
Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

Die Zusammenfassung von "Informationen", die das MfS im Zeitraum von 1984 bis 1985 zusammenstellte, bündelt die Erkenntnisse der Geheimpolizei zu den Fahndungsergebnissen und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF.

Die 1970 gegründete Rote Armee Fraktion (RAF) war eine linksterroristische Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland. Die Staatssicherheit sammelte zunächst Informationen über die Terroristen, beobachtete deren Aktivitäten und duldete ihre Reisen in den Nahen Osten über den Ostberliner Flughafen Schönefeld. In den 80er Jahren intensivierten sich die Kontakte und die Staatssicherheit bot zehn RAF-Aussteigern Unterschlupf in der DDR. Zudem trainierte das MfS einige Terroristen im Umgang mit Waffen.

Die vom MfS zusammengestellten "Informationen" stammen aus unterschiedlichen Quellen. Sie dokumentieren Banküberfälle, Fahrzeugdiebstähle und weitere Aktionen, die zur Vorbereitung terroristischer Anschläge dienten. Darüber hinaus werden ein Hungerstreik inhaftierter RAF-Mitglieder und ein durch das Bundesministerium des Innern verfasster "Maßnahmenkatalog" thematisiert. Damit sollten die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden auf zu erwartende Anschläge durch die RAF vorbereitet werden. Weitere Informationen betreffen die laufenden Fahndungen und das Umfeld der RAF. Das Dokument nimmt mehrmals auf andere, bereits zum Thema verfasste Berichte des MfS Bezug.

Bei dem benannten Hungerstreik handelt es sich um den neunten der RAF. Die Streikenden gehörten der zweiten Generation der RAF an. Am 4. Dezember 1984 kündigte Brigitte Mohnhaupt während einer Gerichtsverhandlung einen umfassenden Hungerstreik der RAF-Häftlinge an. Die Tatsache, dass der Aufruf zum Hungerstreik von fast allen anderen RAF-Gefangenen befolgt wurde und beinahe gleichzeitig eine neue Anschlagsserie der sogenannten dritten Generation losbrach, legt den Schluss nahe, dass Brigitte Mohnhaupt auch vom Gefängnis aus Einfluss auf die RAF ausübte. Den Auftakt dieser neuen Anschlagsserie bildete der im Dokument erwähnte gescheiterte Sprengstoffanschlag vom 18. Dezember 1984 auf die NATO-Schule in Oberammergau.

Der Hungerstreik dauerte bis Februar 1985 an. Hauptforderung der Hungerstreikenden war die Zusammenlegung der Häftlinge.

Signatur: BStU, MfS, HA XXII, Nr. 18623, Bd. 5, Bl. 3-11

Metadaten

Dienst Einheit: Abteilung XXII

Datum: 1984/1985

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

L 03100
L 7 12/85

Terrorismus

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Streng vertraulich
(A1,22,6)

BSTU
000246

Mitbestimmungen besonders beachten.

Information G/01399/07/01/85

BSTU
000003

Im Rahmen der operativen Arbeit gelangten aus den Bereichen gegnerischer Staatsschutzorgane und Sicherheitsdienste weitere Informationen im Zusammenhang mit Aktionen der terroristischen

"Roten Armee Fraktion (RAF)"

und deren Umfeld zur Kenntnis.

Auf der Grundlage der aktuell bekannt gewordenen Angaben können im einzelnen Einschätzungen getroffen werden:

- zu Orientierungen und Maßnahmen gegnerischer Dienststellen im Zusammenhang mit erwarteten Aktionen der RAF sowie dem laufenden Hungerstreik
- zu weiteren Maßnahmen im Rahmen der Terrorismusfahndung
- zu Ermittlungen des Gegners zu Personen des engeren RAF-Umfeldes
- zu angeblichen terroristischen Gruppen, die sich zu terroristischen Aktionen bekamen bzw. derartige Aktionen angedroht haben.

1. Orientierungen und Maßnahmen gegnerischer Dienststellen im Zusammenhang mit den erwarteten RAF-Aktionen sowie dem laufenden Hungerstreik

Von Seiten des Landeskriminalamtes (LKA) Hannover, Abteilung Staatsschutz waren am 3. 1. 1985 alle nachgeordneten Polizeidienststellen darauf hingewiesen worden, daß in den vergangenen 2 Monaten 5 Straftaten registriert worden waren, bei denen es sich möglicherweise um terroristische Beschaffungsaktionen gehandelt haben könnte. Im Rahmen dieser Aktionen hätten die Täter Polizei- und Militäruniformen, Kennzeichen von Dienstwagen, Dienstsiegel, Geräte zur Schilderherstellung, ein Funkgerät und ein Rufnamenverzeichnis entwendet.

Aus diesem Grund sei nicht auszuschließen, daß sich terroristische Gewalttäter Zugang zu Polizeidienststellen verschaffen, indem sie sich als Polizeibeamte tarnen. Die gleiche Vorgehensweise für den militärischen Bereich würde der versuchte RAF-Sprengstoffanschlag auf die NATO-Truppschule in Oberammergau belegen.

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

BSTU
000004
2

BSTU
000347

Im Zusammenhang mit dieser Orientierung hatte sich das LKA Hannover auf eigene und auf Erkenntnisse des LKA Messen, Wiesbaden berufen.

Bemerkung: Zu den Straftaten, die als mögliche logistische Beschaffungsaktionen eingestuft werden, war in der Information G/01251/03/01/85 berichtet worden.

Nach einer weiteren Information hat das Bundesministerium des Innern (BMI) Bonn kürzlich alle Innenministerien der BRD-Länder und die zentralen BRD-Staatsschutzdienststellen nochmals darauf hingewiesen, daß es im Falle einer lebensbedrohenden Verschlechterung des Gesundheitszustandes eines hungerstreikenden inhaftierten Terroristen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Ausweitung "gewaltorientierter" Aktionen des terroristischen Bereichs kommt.

Für einen derartigen Fall ersuchte das BMI Bonn die genannten Dienststellen um eine möglichst frühzeitige Information, in die auch das Bundeskriminalamt (BKA) Wiesbaden, Abteilung Terrorismus einbezogen werden soll.

Nachträglich gelangten Hinweise zu Maßnahmen im BRD-Land Niedersachsen zur Kenntnis, die auf Grund vorgenommener Einschätzungen zur allgemeinen Sicherheitslage bereits am 20.12.84 wirksam geworden sind. In diesem Zusammenhang hatte die Schutzpolizeiinspektion (SPI) Celle folgende Abordnungen über einzuleitende Maßnahmen im Verantwortungsbereich getroffen:

- Verstärkung der Eigensicherung
- Intensivierung der Überprüfung von Kfz-Kennzeichen über Datensichtgeräte
- Einleitung von Schutzmaßnahmen (SM) gemäß Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 an folgenden Objekten und Anlagen:

Justizvollzugsanstalt (JVA) Celle
SM 5 (mindestens einmalige Bestreifung des Objektes zu unregelmäßigen Zeiten innerhalb einer Stunde)

Oberlandesgericht (OLG) Celle
SM 6 (Bestreifung des Objektes zu unregelmäßigen Zeiten im Rahmen des Streifendienstes)

Firma Rheinmetall GmbH
3104 Unterlüß,
Heinrich-Erhardt-Str. 1
SM 6

Signatur: BStU, MfS, HA XXII, Nr. 18623, Bd. 5, Bl. 3-11

Blatt 4

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

BSTU
000348

3

BSTU
000005

Tanklager Hodenhagen und
Mademstorf
SM 6 (alle 2 Stunden Schieber-
schichte 18 Grothem und 19 Eickeloh
kontrollieren)

Firma WOLFF WALSRÖDE AG
3030 Walsrode
SM 6

Firma I-Bau Behringon GmbH
Hoch- und Tiefbau
3045 Bispingen-Behringen, Ostende 1
SM 6

- Überwachung weiterer Objekte z. B. öffentlicher Gebäude,
Munitionslager, gefährdete Firmen, Kasernenanlagen im
Rahmen der genannten speziell angeordneten SM und der Strei-
fentätigkeit.

2. Maßnahmen im Rahmen der Terrorismusfahndung

Wie bereits berichtet, sind alle zentralen Staatsschutzdienst-
stellen der BRD-Länder sowie Westberlins im Besitz eines vom
DKA Wiesbaden, Abteilung Terrorismus erstellten "Maßnahme-
kataloges", der die Einleitung konkreter Maßnahmen in den
einzelnen Phasen einer terroristischen Aktion, im konkreten
Fall der Hungerstreikaktion, vorsieht.

Im Rahmen der 1. Phase waren von seiten des Gegners gegen alle
Personen, die die im Hungerstreik befindlichen Terroristen be-
suchten, ohne zu diesen familiäre Bindungen zu unterhalten,
nach ihren Besuchen konspirative Überwachungsmaßnahmen einge-
leitet worden.

Die nächste Phase soll dann in Kraft treten, wenn einer der
im Hungerstreik befindlichen Terroristen in akuter Lebensge-
fahr schwebt bzw. an den Folgen des Hungerstreikes verstirbt.
Für den Fall ist vorgesehen, alle dem engeren RAF-Umfeld an-
gehörigen und zur polizeilichen Beobachtung - Terrorist
(PB 07) ausgeschriebenen Personen unter konspirative Kontrolle
zu stellen.

Nach einer aus dem Bereich des Polizeipräsidiums (PP) West-
berlin, Referat Kriminalpolizeilicher Staatsschutz -Dir VB S-
zur Kenntnis gelangten Information werden von diesen Observa-
tionsmaßnahmen in Westberlin insgesamt 18 PB 07-Personen be-
troffen sein. Diese Maßnahmen werden gegenwärtig vorbereitet.

Ferner beabsichtigt der Leiter des 4. Kommissariates der
Inspektion II (Terrorismusbekämpfung) bei der Dir VB S beim
PP Westberlin,

[REDACTED]
Tel. dienstl.: 030 Westberlin [REDACTED]

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

BStU 000349	BStU 000006
----------------	----------------

die gegenwärtige Lagesituation im Operationsgebiet zur Durchsetzung eines von ihm ausgearbeiteten Vorschlages zu nutzen. Diesen Vorschlag hatte er bereits im Rahmen einer PB 07-Tagung im Juli 1984 beim BKA Wiesbaden vorgetragen. Bei diesem Vorschlag läßt sich [REDACTED] von folgenden Vorstellungen leiten:

Den zentralen Dienststellen der gegnerischen Staatsschutzorgane werden täglich eine Reihe von Lagemeldungen, die den Terrorismusbereich betreffen, zugeleitet. Dabei handele es sich im wesentlichen um die Lagemeldungen

- "Verdeckte Fahndung"
- "Terroristische Gewalttäter"
 - beide Lagemeldungen werden vom BKA Wiesbaden erstellt
- "Innere Sicherheit"
 - wird vom BMI Bonn erstellt.

In diesen Lagemeldungen sind aktuell alle bedeutsamen Aktionen und Vorhaben terroristisch/extremistischer Kräfte aufgelistet und Erkenntnisse aus dem Bereich der "Mittlingsüberwachung" sowie der Reisebewegungen von PB 07-Personen enthalten.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse, die bei den Referaten

- TE 21 (Besondere Meldedienste)
- TE 22 (Personenbezogene Informationssammlung)
- TE 23 (Observation und Koordination)

der Gruppe TE 2 der Abteilung Terrorismus beim BKA Wiesbaden zentral zusammenfließen, müsse, nach den Vorstellungen des [REDACTED], das BKA in der Lage sein, täglich oder wöchentlich eine Art

"Verknüpfungsraster"

zu erstellen. Dazu sei es aber notwendig, die in den verschiedenen Lagemeldungen enthaltenen Erkenntnisse an einer zentralen Stelle zusammenzuführen, um somit Verknüpfungen zwischen einem in einer bestimmten Stadt realisierten Anschlag usw. und den um den Zeitraum des Anschlages im Bereich dieser Stadt festgestellten Reisebewegungen von PB 07-Personen festzustellen. Dazu können auch noch die Erkenntnisse aus der "Mittlingsüberwachung" genutzt werden.

Damit ergäben sich Möglichkeiten, die Personen zu filtrieren, die bei gegebenen Anlässen dem Kreis der zu überprüfenden mutmaßlichen Tätern zuzuordnen sind.

Diesen Vorschlag habe [REDACTED] bereits am 3. 1. 1985 über seinen Inspektionsleiter an den Leiter der Unterabteilung Polizeilicher Staatsschutz, [REDACTED]

herangetragen. [REDACTED] soll den Vorschlag akzeptiert haben.

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

BStU
~~000350~~

BStU
000007

Im Rahmen der Untersuchungen im Zusammenhang mit dem versuchten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Truppendelegation liefen Ende Dezember 1984 intensive Fahndungsmaßnahmen nach dem Fahrzeug mit den US-Kennzeichen

AM-8066.

Diese Maßnahmen waren am 28. bzw. 29. 12. 1984 im BRD-Land Bayern auf Grund von Hinweisen des Leiters der US-Verbindungsstelle in Cham,

[REDACTED]
Tel. dienstl.: [REDACTED]
Tel. privat: [REDACTED]

eingeleitet worden.

[REDACTED] hatte am 28. 12. 1984 die Polizeidivision (PI) Neunburg vorm Wald darüber in Kenntnis gesetzt, daß vor dem US-Camp Reed bei Rötze gegen 22.50 Uhr des Tages zwei PKW festgestellt worden wären. Bei beiden Fahrzeugen habe es sich um schwarze sportwagenähnliche PKW der

Marke: Pontiac
Modell: Firebird

gehandelt.

An den Fahrzeugen seien US-Kennzeichen, u. a. das v. g., befestigt gewesen. Nach einem kurzen Aufenthalt vor dem Militär-objekt hätten sich beide Fahrzeuge, die jeweils mit 2 Personen besetzt waren, auf der Staatsstraße 2150 in Richtung Neukirchen entfernt.

Die Insassen des Fahrzeuges mit dem Kennzeichen AM-8066 wurden wie folgt beschrieben:

Beide seien von schlanker Figur, etwa 1,70 m groß gewesen und hätten Blue Jeans, blaue Anoraks und Turnschuhe getragen. Eine der Personen, die Oxford-Englisch sprach, habe sich als

[REDACTED]
(keine weiteren Angaben)

ausgegeben.

Im Rahmen einer weiteren Kontaktaufnahme hatte [REDACTED] am 29. 12. 1984, um 11.35 Uhr der Kriminalpolizeiinspektion (KPI) Amberg mitgeteilt, nach einer von ihm durchgeführten Überprüfung zum Fahrzeug AM-8066 handele es sich bei dem Halter um den Captain der US-Luftwaffen-Base in Frankfurt/M.,

[REDACTED]
geb.: [REDACTED]
APO-Nr. [REDACTED]

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

BStU 000351	BStU 000008
----------------	----------------

Das Fahrzeug des [REDACTED], vom Typ BMW, 4türig, Farbe weiß habe sich am 28. 12. 1984 in Frankfurt/M. befunden. Aus diesem Grund könne sich [REDACTED] mit seinem Fahrzeug nicht im Bereich des Camp Reed aufgehalten haben. Daher sei zu vermuten, daß es sich bei dem festgestellten Kennzeichen um eine Fälschung oder um einen Ablesefehler handele.

Zur sicheren Klärung dieser Problematik waren vom LKA München alle LKA der BRD am 29. 12. 1984 in die Fahndung einbezogen worden.

Wie bereits berichtet, wird vom BKA Wiesbaden täglich eine Liste erstellt, in der alle seit dem 20. 12. 1984 verlustig gemeldeten Kfz und Kfz-Kennzeichen militärischer Einrichtungen enthalten sind. Dazu wurde die Liste, Stand 2. 1. 1985 bekannt (siehe Anlage).

Ferner gelangte zu dieser Problematik zur Kenntnis, daß aus Gründen der Aktualität der Erfassungszeitraum der entwanderten Kfz mit US- und Bundeswehrkennzeichen ab 3. 1. 1985 geändert wurde. So soll die täglich erstellte Liste nicht mehr die ab 20. 11. 84 entwanderten US- und Bundeswehrfahrzeuge und deren Kennzeichen enthalten, sondern vom Erfassungstage nur noch 14 Tage rückwirkend.

Aus einer weiteren Information wurde bekannt, daß das LKA München, Sonderkommission "Ammergau" Ende Dezember 1984 weitere umfangreiche Überprüfungen zu dem bei dem versuchten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Truppschule genutzten Tatfahrzeug eingeleitet hatte.

Den gegnerischen Untersuchungen zufolge war das Tatfahrzeug vom Zeitpunkt des Diebstahles am 15./16. 12. 1984 bis zum 18. 12. 1984 ca. 1000 km gefahren worden.

Während dieser Zeit habe sich entweder das rechtmäßige amtliche Kennzeichen [REDACTED]

oder das am 17. 12. 1984 entwanderte US-Kennzeichen
TA-0584

am Fahrzeug befunden. Das LKA München ersuchte alle LKA der BRD um Überprüfung, ob das Tatfahrzeug im angegebenen Zeitraum verkehrsrechtlich beanstandet worden ist.

3. Ermittlungen des Gegners zu Personen des engeren RAF-Umfeldes

Auf Grund eines Postkontaktes zu dem in der JVA Frankenthal inhaftierten [REDACTED]
(keine weiteren Angaben)

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

BStU
000352

BStU
000009

waren am 21. 12. 1984 von Kräften des PP Wiesbaden die Wohnungen der Personen

[REDACTED]
geb.: [REDACTED]

[REDACTED]
geb.: [REDACTED]

durchsucht worden. Im Rahmen dieser Maßnahmen hatte der Gegner mehrere Druckwerke, darunter die

"Hungerstreikerklärung vom 4. 12. 1984"

und die

"Zusammenlegungserklärung von
Gisela Dutzi"

sichergestellt.

Schorr wird vom Gegner dem "näheren terroristischen Umfeld" zugerechnet.

Im Verlaufe von Ermittlungen hatte das PP Wuppertal die Person

[REDACTED]
geb.: [REDACTED]

als Verbreiterin von "Hungerstreikerklärungen" festgestellt.

Bei der Durchsuchung ihrer Wohnung stellte der Gegner mehrere Exemplare der

"Hungerstreikerklärung und Erklärung
zur Zusammenlegung der Gefangenen aus
der RAF, Dezember 84"

"Hungerstreikerklärung der Gefangenen
aus der RAF in Stammheim, 4. 12. 84"

sowie ein Bekennerschreiben zum Anschlag auf die Firma Honeywell, Evre/Belgien sicher.

Die Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof Karlsruhe leitete gegen die [REDACTED] ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ein.

4. Angebliche terroristische Gruppen, die sich zu terroristischen Aktionen bekannten bzw. derartige Aktionen angedroht haben

- "Revolutionäre Zellen - Kämpfende Einheit Gudrun Ensslin"

Unter dieser Bezeichnung hatte sich am 27. 12. 1984 bei drei

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

- BStU
000253

BStU
000010

verschiedenen Zeitungsredaktionen in Reutlingen eine Gruppe zu dem Sprengstoffanschlag bekannt, der am 25. 12. 1984 auf das Regionale Rechenzentrum in Reutlingen verübt worden war.

- "~~Terrorfront Revolutionärer Anarchisten~~" *Nach über H/3 geprüft*

Mit dieser Bezeichnung war ein Drohschreiben unterzeichnet, das am Silvesterwochenende 1984 beim "Kreisanzeiger" Isenlohn eingegangen war. Inhaltlich hatte sich das Drohschreiben gegen die Aufrüstung gewandt.

Erfassungsverhältnisse

Die Personen [REDACTED] das amtliche Kennzeichen [REDACTED] sowie die genannten US-Kennzeichen sind in der Abteilung XII des MfS nicht erfasst.

Fahndungsergebnisse und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesrepublik in Bezug auf die RAF

Anlage

BStU 000354 BStU 000011

Listenmäßige Aufstellung der seit dem 20. 12. 1984 bis einschließlich den 2. 1. 1985 als verlustig registrierten Kfz und Kfz-Kennzeichen der US-Streitkräfte (Bundeswehr-Kfz und Kennzeichen wurden nicht entwendet)

1. US-Kennzeichen-Schilder

DP-0247	DN-4655
CK-0266	DN-4716
TD-0305	AF-4997
TD-0329	DC-5032
DM-0383	TD-5428
DP-0395	DE-5610
TD-0488	DL-5947
CS-0494	DL-6270
DL-0552	DK-6478
DM-0585	AF-6944
CW-0664	DA-6950
AA-0728	DC-7291
DE-1150	AS-7465
DM-1581	TC-7510
DL-1806	DC-7604
DP-1845	DL-7701
TD-1850	DM-7969
DL-2014	8041 ATS
CR-2032	DJ-8154
NZ-2064	CR-8183
CJ-2315	DL-8315
DK-2735	DJ-8444
CS-2969	DE-8535
CM-3286	DJ-9019
DK-3573	DJ-9055
DD-3669	CS-9160
CJ-3860	CU-9185
AV-3956	CK-9326
DM-4518	DP-9663

2. US-Kraftfahrzeuge

CN-0331 unbekannt	DL-2966 Daimler-Benz	AM-8066 Pontiac
DL-0344 BMW	DP-4720 Porsche	DD-9037 Renault
CK-0420 VW	CS-5923 Oldsmobile	AC-9168 VW
DD-0693 Daimler-Benz	CL-5984 Opel	CT-35.8 (unvollständig) BMW
LU-1072 Ford	AN-7270 BMW	DN-3811 unbekannt